

Entscheid der Regierungsstatthalterin – somit definitiv ungültig und müsste wiederholt werden. Diesen Weg könnten die Jurassier nun in Betracht ziehen.

Aber würde ein Verzicht der jurassischen Seite auf ein juristisches Verfahren nicht der Absicht der Tripartiten Konferenz widersprechen? Schliesslich würde es der Legitimität dienen, wenn sich weitere Gerichte mit dem

sämtliche Beschwerden zurückgezogen werden müssten, damit das gerichtliche Verfahren gestoppt wird. Also auch die von Privaten. Solange das gerichtliche Verfahren weiterläuft, werden keine Massnahmen für einen zweiten Urnengang getroffen.

Angesichts der schwerwiegenden Mängel, die Regierungsstatthalterin Stéphanie Niederhauser bei der Abstimmung festgestellt hat, scheint

darf nicht in das juristische Verfahren eingreifen. Selbstverständlich habe ich die Begründung der Statthalterin gelesen. Sie kritisiert vor allem zwei Aspekte der Abstimmung: Die mangelnde Neutralität der Behörden bei der Abstimmungskampagne und die Problematik um das Stimmregister. Dieses hat die Gemeinde den Bundesbeobachtern spät überreicht – nur einen Tag vor der Abstimmung. Damit verknüpft sind weitere Vorwürfe wie

Nahm der Bund seine Kontrollfunktion ungenügend wahr?
Nein, die Organisation der Abstimmung und die Überwachung der Kampagne lagen nicht in unserer Kompetenz. Eine Kritik der Statthalterin richtet sich an den Kanton Bern. Sie wirft ihm vor, die briefliche Abstimmung in Moutier zugelassen zu haben. Wegen der hohen Emotionalität der Vorlage hätte er diese verbieten und nur die persönliche

auch einiges gekostet. Ist es nicht irgendwann genug?
Die Jurafrage ist an und für sich gelöst, seit der Berner Jura im November 2013 eine Studie zur Schaffung eines neuen Kantons mit dem Kanton Jura sehr deutlich abgelehnt hat. Jetzt geht es nur noch um die Gemeinde Moutier. Selbstverständlich ist die Moutier-Frage aber der letzte Akt dieses Prozesses. In erster Linie will der Bund, dass sich die Lage dort entspannt. Es ist also nicht

setzt und den Prozess sehr begleitet haben.
.....
Zur Person
Jean-Christophe Geiser ist Bundesamt für Justiz als juristischer Berater seit 15 Jahren das Juradossier zuständig. Er leitet die Tripartite Konferenz bei der sich Regierungsvertreter der Kantone Bern und Jura regelmässig treffen. Aufgewachsen Geiser im bernjurassischen D Cortébert.

Postauto zahlt 205 Millionen zurück

Affäre Die Postauto Schweiz AG bezahlt erschwindelte Abgeltungen zurück. Sie hat mit den 24 betroffenen Kantonen und mit dem Bund Vereinbarungen getroffen.

Die finanzielle Bereinigung des Skandals um die mit Buchhaltungstricks zu viel eingezogenen Abgeltungen kann wie geplant vollzogen werden, wie das Bundesamt für Verkehr (BAV) mitteilte. Im September hatten Post, Bund und Konferenz der kantonalen öV-Direktoren (KöV) die Rückzahlung vereinbart.

Demnach muss die Post für den Zeitraum von 2007 bis 2018 insgesamt 188,1 Millionen Franken an Bund, Kantone und Gemeinden zurückerstatten. Hinzu kommen freiwillige 17,2 Millionen Franken für Abgeltungen, die Postauto Schweiz in den Jahren 2004 bis 2006 zu Unrecht bezogen hat und die rechtlich verjährt sind. Nach der einvernehmlichen

Einigung mit allen betroffenen Kantonen will die Post das Geld nun innerhalb von 30 Tagen überweisen, wie sie mitteilte. Post-Verwaltungsratspräsident Urs Schwaller ist laut der Mitteilung erleichtert, dass die finanzielle Seite noch in diesem Jahr mit Bund und Kantonen abgeschlossen werden konnte.

Möglich wird dies, weil die Rahmenvereinbarung von Post, Bund und KöV vom September nun in Kraft treten kann. Voraussetzung dafür war, dass sich die Post bis 14. Dezember mit mindestens 18 Kantonen und eine Rückerstattung von mindestens 50 Millionen Franken und mit dem Bund über die Rückzahlung einigt. Dieses Quorum ist mehr

als erfüllt. Denn die Rückzahlungen sind mit allen 24 betroffenen Kantonen vereinbart. In den Kantonen Genf und Basel-Stadt fahren die gelben Busse nicht.

Post arbeitet weiter auf

Gemäss den Zahlen vom September erhält der Bund gemäss den Vereinbarungen von der Post 88,6 Millionen Franken zurück. 99,4 Millionen gehen an die Kantone. Hinzu kommen die freiwilligen 17,2 Millionen an die Kantone. Der grösste Anteil von über 20 Millionen geht an den Kanton Graubünden.

Laut der Post ist auch die überrige Arbeit für die Aufarbeitung des Postauto-Skandals im Gang.

In Prüfung ist, ob die Post Verantwortlichkeitsklagen oder Schadenersatzleistungen geltend macht. Der Entscheid dazu soll im Frühjahr fallen. Entschieden hat der Post-Verwaltungsrat, der Generalversammlung EY (Ernst & Young) als neue Revisionsgesellschaft vorzuschlagen. EY dürfte damit KPMG ablösen, die wegen des Postauto-Skandals unter Beschuss geraten war. Die Post hatte schon im Juni entschieden, 2019 die Revisionsgesellschaft zu wechseln. Die Eidgenössische Revisionsaufsichtsbehörde (RAB) wirft KPMG im Zusammenhang mit dem Subventionsskandal «teilweise erhebliche Mängel» in der Revisionsarbeit vor. (sda)

Schweizer sollen vermehrt Elektroautos fahren

Verkehr Ende Mai wurde sie angekündigt, gestern wurde die Roadmap zur Förderung der Elektromobilität in der Schweiz unterzeichnet. Diese zeigt auf, wie der Anteil der Elektrofahrzeuge bei den Neuzulassungen bis 2022 auf 15 Prozent erhöht werden kann. Über 50 Organisationen und Firmen haben an der Konkretisierung der Roadmap mitgewirkt und Massnahmen in ihren Einflussbereich erarbeitet, wie das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) mitteilte.

Das Paket zur Förderung der Elektromobilität bis 2022 enthält konkrete Massnahmen in drei Handlungsfeldern: erstens sollen erfolgreich Elektrofahrzeuge für den Markt entwickelt werden; zweitens soll eine optimale Lade-

Infrastruktur geschaffen werden; drittens sollen Anreize und Rahmenbedingungen entwickelt werden, welche die Elektromobilität begünstigen. Dies alles soll dazu führen, dass im Jahr 2022 Elektrofahrzeuge selbstverständlich Bestandteil des Strassenverkehrs in der Schweiz sind. Elektromobilität soll weiter ein wichtiger Baustein sein für eine energieeffizientere und klimaverträglichere Mobilität.

Der Bund sieht seine Rolle hauptsächlich in der Unterstützung von Initiativen, in der Rolle des unabhängigen Koordinators sowie bei der Starthilfe für vielversprechende Projekte. Grundsätzlich organisieren sich die Akteure der Roadmap aber selbst für die Umsetzung von Initiativen. Umgesetzt werden soll die Roadmap ab Januar 2019. (sda)

Post auto 19.12.2018